

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. wöchentlich 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Die Abonnenten erhalten zu jedem Preis eine Probezeitung. In der Probezeitung stehen die Bedingungen für den Abbruch. Im Falle höherer Verleumdungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Abbruch zu verweigern. Die Abrechnung erfolgt nach dem Abbruchtermin.

Wiederholungspreis: die 4-spaltige Nummer 20 RM., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Reklamazeilen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 74 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 28. März 1933

Die Abrüstungskonferenz vertagt.

Gleiche Sicherheit und gerechter Rüstungsausgleich für Deutschland!

Radolny gibt den deutschen Standpunkt zum englischen Abrüstungsplan bekannt.

Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz gab Deutschlands Vertreter, Vizekanzler Radolny, in einer großen Erklärung den grundsätzlichen deutschen Standpunkt zu dem Abrüstungsplan der englischen Regierung bekannt. In seiner Rede wurden in eindeutiger Klarheit die grundsätzlichen deutschen Forderungen auf weitgehende allgemeine Abrüstung, praktische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und Berücksichtigung der nationalen Sicherheit Deutschlands umrissen. Die vielbeachteten Erklärungen Radolnys trugen einen programmatischen Charakter. Der deutsche Vertreter führte u. a. folgendes an:

Die deutsche Regierung bringt dem englischen Ministerpräsidenten ihren Dank zum Ausdruck, daß die britische Regierung die Initiative für die endliche Lösung der bisher ungelösten Probleme auf der Abrüstungskonferenz ergriffen hat. Das Wort Radolnys, Deutschland müsse Freiheit und Gerechtigkeit gegeben werden, wenn nicht Europa der Verödung anheimfallen sollte, zeigt, wie intensiv die Probleme der Abrüstung und der Sicherheit gerade unter dem Gesichtspunkt der verhängnisvollen Wirkung der durch die Friedensverträge herbeigeführten Unterschiede durchdringt worden sind. Deutschland hat auf dem Gebiet der Abrüstung bereits seinen Teil geleistet. Jetzt handelt es sich darum, daß die anderen Staaten ihre versprochenen Gegenleistungen in Gestalt der Abrüstung ausführen. Aber Deutschland hat noch mehr getan: Es hat nach besten Kräften an der Organisierung des Friedens mitgearbeitet. So ist es nunmehr auch bereit, den englischen Vorschlag über einen Ausbau des Kellogg-Paktes anzunehmen.

Neue Sicherheitsgarantien sind unmöglich!

Radolny zitierte dann die Erklärung des Reichs-Lanzlers bei der Reichstagsöffnung, in der der Friedenswille der nationalen Regierung betont und die Beseitigung der Trennung der Völker in zwei Kategorien gefordert wurde.

In der Tat kann, so fuhr er fort, die durch die einseitige Entwaffnung der abgerüsteten Staaten und durch die Verzögerung der Abrüstung der anderen geschaffene Unsicherheit nur dadurch beseitigt werden, daß die Konferenz nun endlich die Abrüstung verallgemeinert und einen gerechten Ausgleich der Rüstungen vornimmt. Es ist unmöglich, die Erfüllung der Forderungen auf gleiche Sicherheit für alle Nationen von immer neuen vertraglichen Garantien abhängig zu machen. Es muß endlich einmal mit der Auffassung Schluss gemacht werden, als ob andere Staaten ein größeres Recht auf nationale Sicherheit besäßen als Deutschland und als ob dieses sich nicht nur mit der durch die einseitige Abrüstung geschaffenen Unsicherheit abzufinden, sondern als abgerüsteter Staat inmitten einer schwerbewaffneten Umwelt noch immer weitere Sicherheitsgarantien zu geben hätte.

Allen Unterscheidungen muß ein Ende gemacht werden!

Radolny betonte sodann, in dem englischen Entwurf seien positive Rüstungsbeschränkungen vorgeschlagen worden, sie gingen aber noch nicht weit genug. Es müßten noch weitergehende Maßnahmen zu erreichen sein, insbesondere auf dem Gebiete der Luftkräften. Zur Frage der Gleichberechtigung wies Radolny auf die Vereinbarung der fünf Großmächte vom 11. Dezember hin, in der die deutsche Gleichberechtigung grundsätzlich anerkannt worden ist:

Deutschland muß als gleichberechtigter Partner in das System der allgemeinen Abrüstung eingegliedert werden; das Rüstungsverhältnis zwischen ihm und den anderen Staaten muß gemäß seinem Recht auf nationale Sicherheit unter Berücksichtigung seiner geographischen Lage und seiner besonderen Verhältnisse in gleichem Umfang wie bei allen anderen Staaten geregelt werden.

Nach dem englischen Entwurf soll die Gleichberechtigung erst nach fünf Jahren vollständig erreicht werden. Deutschland ist bereit, eine Übergangsperiode anzunehmen. Die Rücksicht auf die Erfordernisse der Sicherheit Deutschlands und seiner nationalen Würde machen jedoch gewisse Änderungen in den Bestimmungen des Planes über diese Periode notwendig. Schon das erste Abrüstungsabkommen muß allen Unterscheidungen qualitativer Art ein Ende machen.

Für alle Staaten müssen dieselben Waffenkategorien verboten und dieselben Rüstungsarten erlaubt sein. Die beste Art der Abrüstung wäre, die in den Friedensverträgen verbotenen Waffen allen Staaten zu verbieten und ihre alsbaldige Zerstörung durchzuführen.

Wenn jedoch die Konferenz beschließt, die Grenze zwischen den verbotenen und erlaubten Waffen anders zu ziehen, so müssen sich die Folgen für die abgerüsteten Länder ohne weiteres aus dem Gleichberechtigungsprinzip ergeben. Des weiteren muß bei der Regelung des quantitativen Rüstungsstandes der abgerüsteten Länder dem richtigen Verhältnis der Rüstungen des einen Landes zu den Rüstungen der umgebenden Länder Rechnung getragen werden. Deutschland fordert, daß auch in dieser Hinsicht

das Niveau der Friedensverträge zum Ausgangspunkt dienen muß. Es wäre weder mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung noch mit dem der gleichen Sicherheit für alle vereinbar, wenn der Grundsatz der Relativität außer acht gelassen würde. Keinem Staat darf ein System ausgedient werden, das nicht den besonderen Verhältnissen des Landes entspricht. Deutschland erklärt hiermit, daß es den englischen Entwurf als

eine gute und zweckmäßige Grundlage

für das abzuschließende Abkommen betrachtet und zu seiner Diskussion bereit ist. Deutschland ist bereit, sich jedem Verfahren anzuschließen, das einen praktischen Weg zu einer Einigung bietet. Die Welt wartet mit Ungeduld auf ein Ergebnis unserer hiesigen Arbeit. Alle, die für das Schicksal der Konferenz verantwortlich sind, müssen endlich den Mut zur Lösung des Abrüstungsproblems aufbringen und so den Weg eines dauerhaften gerechten Friedens unter allen Völkern beschreiten.

Der polnische Vertreter Graf Raczyński gab eine Erklärung ab, die von der Furcht vor der deutschen „Aufrüstung“ beherrscht war. Die polnische Regierung erklärte, daß der englische Plan nicht befriedigend sei und Polen auf dem Sicherheitsgebiet nicht die notwendigen Garantien verschaffe. Der Vertreter Belgiens, Bourquin, nahm den englischen Vorschlag uneingeschränkt an. Der frühere chinesische Außenminister Wellington Ku schloß sich gleichfalls dem englischen Abrüstungsplan an, der japanische Vertreter ging einer deutschen Stellungnahme zu dem englischen Plan aus dem Wege. Die Hauptgespräche wurden vom englischen

Außenminister Simon

mit einer großen Rede abgeschlossen. Er forderte die Konferenz auf, den Mut zur Verantwortung auf sich zu nehmen und den entscheidenden Schritt für die allgemeine wesen-

liche Herabsetzung der Rüstungen zu tun. Simon appellierte sodann direkt an die deutsche Regierung, durch Annahme der in dem Abrüstungsabkommen vorgesehenen Übergangsmethode den deutschen Beitrag durch Stärkung des allgemeinen Vertrauens zu leisten.

Die Abrüstungskonferenz auf den 25. April vertagt.

Noch in letzter Minute französisch-tschechische Sabotageversuche.

Die Abrüstungskonferenz ist am Montagabend bis zum 25. April vertagt worden. Der Hauptauschuß nahm mit 44 Stimmen ohne Gegenstimmen einen Antrag des Generalberichterstatters Benesch an, in dem der englische Abrüstungsplan als die Grundlage der weiteren Verhandlungen unter dem Vorbehalt von Zusatz- und Änderungsanträgen erklärt wird. Die Konferenz wird Ende April unverzüglich die artikelweise Lesung des englischen Abkommensentwurfs aufnehmen.

In der Schlussphase kam es zu einem lebhaften Zwischenfall. Der Vertragungsantrag Benesch's enthielt den versteckten Versuch, die Konferenz auf den französischen Abrüstungsplan und sämtliche anderen für Deutschland völlig untragbaren bisherigen Konferenzbeschlüsse festzulegen! Deutschland, Italien, Sowjetrußland, Österreich, Ungarn und Bulgarien widersetzten sich energisch dieser unbegründeten Bindung, worauf sich Präsident Henderson gezwungen sah (!), die dahingehenden Sätze des Vertragsantrages als überflüssig zu erklären.

Durch die Entschließung des Hauptauschusses sind nunmehr die gesamten weiteren Konferenzarbeiten endgültig auf den englischen Abrüstungsplan festgelegt. Es kommt jetzt die entscheidende politische Auseinandersetzung über die ziffernmäßige Festsetzung des Rüstungsstandes der einzelnen Länder. Damit beginnt auch für Deutschland

der Endkampf um die deutsche Wehrfreiheit

und den künftigen Rüstungsstand. Entscheidend werden jetzt die großen diplomatischen Verhandlungen über den italienischen Vorschlag der vier Großmächte sein. Unter stürmischem Beifall wurden die Verhandlungen abgeschlossen. Erfreut und erleichtert verließen die meisten Abordnungen noch in den Abendstunden des Montag Genf.

In der Schlussdebatte hatte noch der französische Vertreter Ruffini die vorläufige und sehr zurückhaltende Aufnahme des englischen Abrüstungsplanes in Paris erkennen lassen. Die deutsche Gleichberechtigungsforderung wurde

von Ruffini mit keinem Wort erwähnt,

ebensowenig die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember. Frankreich würde „unter seinen Umständen irgendeine Art von Aufrüstung“ zulassen, schloß Ruffini unter Anspielung auf Deutschland.

Abwehrkampf gegen die Auslandshege

Die Reichsregierung und ihre Vertretungen im Auslande haben in den letzten Tagen alles nur erdenkliche getan, um den jenseits der Grenzen verbreiteten Lügen über Grauel in Deutschland entgegenzutreten, und die Wahrheit darzulegen. Reichsminister Göring hat persönlich zu den Vertretern der Auslandspresse gesprochen, der Reichs-Lanzler hat sich durch seinen Pressedirektor telephonisch an die amerikanischen Öffentlichkeiten gewandt; auch zahlreiche andere amtliche und nicht amtliche Stellen haben sich um Aufklärung bemüht. Man hat den in Deutschland lebenden Ausländern jegliche Möglichkeiten geboten, um alle angeblichen Grauefälle in Deutschland durch Augenschein nachzuprüfen und sich von der Haltlosigkeit aller Lügen zu überzeugen, man hat sie in die Gefängnisse zu den politischen Gefangenen geführt und hat ihnen die Möglichkeit gegeben, sich mit den Gefangenen zu unterhalten. Ein Teil der Auslandspresse hat auch Berichte darüber veröffentlicht. Aber trotzdem konnten die Feinde des nationalen Deutschland ungehindert im Auslande weitergehen und ihre Lügen verbreiten. Die ausländischen Regierungen haben es bis jetzt nicht für notwendig gehalten, die Hege einzudämmen, obwohl auch sie durch ihre Vorkämpfer und Gesandten die Wahrheit über Deutschland sehr genau kennen. Die Urheber dieser Hege kümmern sich auch nicht darum, daß sie gerade denen in Deutschland am meisten Schaden, denen sie durch die Hege nützen wollen.

Die nationale Regierung hat sich nun entschlossen, noch stärkere Abwehrmittel einzusetzen, solange das Auslande die Hege gegen Deutschland duldet. Aber die Mittel, die ergriffen werden, wird man in den nächsten

Tagen Klarheit bekommen. Von nationalsozialistischer Seite wird diese Gegenbewegung unter Einsatz ihrer ganzen Propagandakraft aufgezoogen werden.

Die nationalsozialistische Parteipresse in München berichtet darüber folgendes:

Die NSDAP. wird den Abwehrkampf gegen die internationale jüdische Grauel- und Volkstötungshege gegen Deutschland in schärferer Form aufnehmen. Es verlaute, daß bereits am Dienstag Anordnungen für die Organisation einer gewaltigen Volksbewegung zur Bildung von Volkstötungskomitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland als Antwort auf die Volkstötungshege des internationalen Judentums ergehen. Gleichzeitig soll in einer ungeheuren Propagandawelle der Forderung nach sofortiger genau festgelegter Beschränkung für die Beteiligung des Judentums an bestimmten akademischen Berufen und öffentlichen Einrichtungen Ausdruck gegeben werden. Über acht Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos und unser eigenes Intelligenzproletariat zählt nach vielen Hunderttausenden. Trotzdem hat das deutsche Volk Hunderttausenden von jüdischen Intellektuellen die Teilnahme an seinen akademischen Berufen gestattet. Diese jüdischen Akademiker sind es in erster Linie, die heute Deutschland als Dank dafür vor der Welt in einer wahrhaft schamlosen Lügenhege heruntersetzen. Zur Abwehr dieser Treibens wird nunmehr die Forderung erhoben werden, dem Judentum in Deutschland an den Hochschulen, in den Berufen der Rechtsanwälte und der Ärzte nur dieselbe Quote zuzubilligen, die sie in der Gesamtzahl der Einwohner Deutschlands ausmachen.